



10 Euro gegen Lohndumping und Altersarmut

Nachricht, 11. Juli 2013

Durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns soll der gezielten Niedriglohnpolitik ein Ende bereitet werden. Es liegt daher in der Natur der Sache, die Höhe des Mindestlohns so zu bemessen, dass der Niedriglohnsektor überwunden werden kann und nicht durch einen gesetzlichen Mindestlohn noch fortgesetzt wird. Das statistische Bundesamt hat in seiner letzten Berechnung die durchschnittliche bundesdeutsche Niedriglohngrenze bei 10,36 Euro Bruttostundenlohn angesetzt - 1802 Euro pro Monat. Die Forderung der LINKE nach sofort 10 Euro Mindestlohn ist daher als gesetzliche Untergrenze gedacht, die nicht unterschritten werden darf, wenn die Systematik der Niedriglohnpolitik durchbrochen werden soll. Jährliche Anpassungen und die Berücksichtigung der Inflationsrate sind dabei unverzichtbar.

Von Arbeit muss man leben können - auch im Alter. Um nach 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, ist nach Berechnungen der Bundesregierung ein Stundenlohn von 10 Euro erforderlich, wie diese in ihrer Antwort vom 23. Januar 2013 auf eine schriftliche Frage von

Klaus Ernst mitteilte. Dieses Rechenbeispiel zeigt deutlich, dass der heutige Niedriglohnsektor keine Voraussetzung bietet, um über Erwerbsarbeit eine Rente zu erhalten, die das Existenzminimum im Alter sichert. Wer Altersarmut vorbeugen will, muss eine gesetzliche Lohnuntergrenze daher oberhalb des Niedriglohnssektors ansiedeln. DIE LINKE will Altersarmut vermeiden und fordert auch darum: 10 Euro Mindestlohn - sofort!

Besonders ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden von einem Mindestlohn profitieren. Ein Mindestlohn von 10 Euro würde die Stundenlöhne von 42 Prozent der Beschäftigten im Osten anheben - im Westen 25 Prozent. Neuere Berechnungen des Instituts PROGNOSE ergeben, dass dadurch ebenfalls der Abstand zwischen Ost- und Westrenten verringert werden würde. Bei einem Mindestlohn von 10 Euro würde der aktuelle Rentenwert Ost um 4,8 Prozentpunkte steigen. Auch darum fordert DIE LINKE einen Mindestlohn von 10 Euro.